

**„EUropa. Zukunft. Bildung“**  
**Thesen zur europapolitischen Bildung**

**Runder Tisch am 29.07.2005**  
**Rotes Rathaus, Berlin**

**These 1:**

***EUropa darf nicht an den Bürgern vorbei gehen***

Die Erweiterungsrunde der Europäischen Union zum 01. Mai 2004 markiert einen historischen Meilenstein in der Geschichte Europas. Gewaltige Veränderungen gehen mit diesem Prozess einher: Mit nun 450 Millionen Einwohnern in 25 Mitgliedsstaaten ist die Europäische Union sozial, kulturell und ökonomisch vielfältiger als je zuvor. Neben allen wirtschaftlichen und politischen Faktoren bedarf es einer enormen *gesellschaftlichen und kulturellen Integrationsleistung*, soll das soziale Miteinander in Europa zukünftig nicht an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei und für alle gewinnbringend verlaufen.

**These 2:**

***Europapolitische Bildung muss Überforderung,  
Orientierungslosigkeit und unzureichender Information  
entgegenwirken***

War die Erweiterung an sich zunächst eine „Erfolgsstory“, so macht die weitreichende Ablehnung der Europäischen Verfassung jedoch deutlich, dass wichtige europäische Themen sowie die vertiefte Struktur der Zusammenarbeit offenbar vor der Entscheidung nicht breit genug mit der Bevölkerung debattiert wurden. Ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union fühlt sich von der „großen europäischen Politik“ ausgeschlossen, es lässt sich für sie kein Bezug zu ihrem persönlichen Lebensumfeld herstellen. In einer solchen Situation zwischen Überforderung, Orientierungslosigkeit und mangelnder Information wird Brüssel schnell zum Sündenbock für dieses diffuse Unbehagen und für die Kritik an der eigenen nationalen Politik.

### **These 3:**

## **Aktive Bürgerschaft gelingt nicht ohne aktive europapolitische Bildungsarbeit**

Steckt Europa tatsächlich in einer ernstzunehmenden Krise, dann manifestiert sich diese Krise nicht ausschließlich in der institutionellen Stagnation. Sie liegt vielmehr in der beunruhigenden Distanz, die sich zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern aufgebaut hat sowie in der offenkundigen Unfähigkeit, diese Distanz durch adäquate Vermittlung und Information zu überwinden. Gerade im europäischen Kontext jedoch darf eine mündige und aktive Bürgerschaft nicht einfach als gegeben betrachtet werden. Zu ihrer Entstehung und zu ihrem Erhalt bedarf es einer *kontinuierlichen und systematischen Informations- und Kommunikationsleistung* über die Zielsetzungen, Inhalte und Strukturen der Europäischen Union. Für die Zukunft der europapolitischen Bildungsarbeit bedeutet dies, dass die Vernachlässigung dieser Schwachstelle nachhaltig und qualitativ überwunden werden muss, soll sich die gegenwärtige Krise nicht verfestigen.

### **These 4:**

## **EUropas Zukunft: Ausreichende Informations- und Bildungsleistung – Schlüsselfaktor für gelungene Mitwirkung**

Information sowie entsprechende kognitive und soziale Basiskompetenzen sind Voraussetzung für die Etablierung einer tatsächlichen Partizipationskultur in der größeren Europäischen Union. Bei einer wirklichen Einbindung der Gesellschaft kann es nicht um eine rein passive Vermittlung von Daten gehen. Vielmehr ist eine interaktive Informations- und Bildungsleistung gefragt, die sowohl von der EU, wie auch von der Bevölkerung erbracht werden muss. Ziel sollte es sein, die Bürgerinnen und Bürger in eine aktive Auseinandersetzung mit der europäischen Politik und ihren Themen zu versetzen, die auch zu einer Beteiligung an der zukünftigen Europäischen Union motiviert. Weit über den Verfassungskonvent hinaus müssen die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit erhalten, ihre Anliegen, aber auch

Befürchtungen zu formulieren. Erst der aktive gesellschaftliche Diskurs stellt eine tragfähige Grundlage für die kommenden Herausforderungen der EU dar.

**These 5:**

### **Bildung für *EU*ropa braucht gute Rahmenbedingungen**

Zur Optimierung der aktiven Mitwirkung kann ein direkter Zusammenhang zum Stellenwert der (europa)politischen Bildungsarbeit gezogen werden. Es reicht dabei nicht aus, die Wichtigkeit von gesellschaftlichen und politischen Bildungszusammenhängen hervorzuheben. Hingegen sind konkrete Initiativen notwendig, die zur tatsächlichen Vermittlung des nötigen Basiswissens und der relevanten Kompetenzen führen. Da es sich bei sozialen und politischen Bildungsprozessen um langfristige Entwicklungen handelt, ist es wichtig, für entsprechende Angebote angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen, so dass sie eine kontinuierliche und nachhaltige Verankerung der politischen Bildung in der Gesellschaft garantieren. Weitreichenden Informationskampagnen an den Volkshochschulen kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle zu, da sie durch die institutionelle Anbindung Türöffner für langfristige Bildungsangebote sein können.

**These 6:**

### ***EU*ropabildung – auch eine Herausforderung für die Politik**

Eine zukunftsgerichtete Bildungsarbeit ist auch als gesellschaftliche Herausforderung für die Politik zu verstehen. Daher sollte sie nicht im eigenen Saft schmoren, sondern den direkten Dialog mit der Politik suchen. Austausch ist für alle Seiten gewinnbringend: er dient der Sensibilisierung der politischen Akteure für die Belange der Bevölkerung, führt aber auch zu einem besseren gegenseitigen Verständnis. Denn die Wirksamkeit von Bildungsprogrammen und damit verbundenen Partizipationschancen erhöhen sich, wenn auch die Politik ausreichend über derartige Projekte informiert ist und erkennt, dass in zahlreichen Fachfragen und bei einer Vielzahl von aktuellen Einzelthemen die Bürgerinnen und Bürger durchaus bereits sind, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Daher sollten Initiativen wie der Runde Tisch zur politischen Bildung, bei denen Verantwortliche aus Politik, Bildung,

Wissenschaft und den Medien gemeinsame Konzepte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Partizipation entwickeln, gefördert werden, um weitere Verbreitung und Unterstützung zu finden.

### **Fazit:**

Die Vergrößerung der Europäischen Union bedeutet, nicht nur den geographischen Horizont, sondern auch den geistigen Horizont zu erweitern. Die konkrete Integrationsleistung, die die aktuelle und künftige Erweiterungsrounden der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft abverlangen, kann nur mit der Unterstützung einer aktiven Zivilgesellschaft gelingen. Um eine solche Mitwirkung zu gewinnen, reichen Wahlen zum Europäischen Parlament, sowie proklamierte Ideale und normative Argumente über die historische Gunst der Stunde bei weitem nicht mehr aus. Dies hat der negative Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden deutlich gezeigt. Hier sind möglichst vielfältige Angebote der europapolitischen Bildungsarbeit sowie konkrete Austauschprojekte besonders für die junge Generation gefragt. Solche Initiativen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kontexten können einen konstruktiven Beitrag zum aktiven Europa der Zukunft leisten, da sie die Möglichkeit zur Reflexion bieten und im Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger breit verankert sind. Bei der zur konkreten Ausgestaltung des künftigen Miteinanders in der Europäischen Union ist die Gestaltung eines *aufklärenden, gesellschaftlichen Dialogs* zum Sinn und den Zielen des gemeinsamen Europas der Zukunft gefordert. In diesem Zusammenhang gilt es zu bedenken, dass der aktiven Europakompetenz sowie interkulturellen Kompetenz aller gesellschaftlichen Akteure eine Schlüsselrolle zukommt – eine Herausforderung, der sich die Volkshochschulen zukunftsweisend stellen sollten!

*Eva Feldmann-Wojtachnia/ Dr. Stefan Rappenglück  
Forschungsgruppe Jugend und Europa  
Centrum für angewandte Politikforschung CAP, München  
Jochen Leyhe, IIZ/DVV, Institut für Internationale  
Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V., Bonn*